

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Schönbach, Dresden, Neustadtstr. 10, 1068 Dresden

Druck: Carl Schönbach, Dresden, Neustadtstr. 10, 1068 Dresden

Redaktion: Carl Schönbach, Dresden, Neustadtstr. 10, 1068 Dresden

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Postabfindung für Bayern und Württemberg

### Silbermünzen zum Andenken Goethes

Berlin, 15. März. Der Reichsrat, der am nächsten Donnerstag im Reichstagsgebäude wieder zusammentritt, wird sich mit einer Reihe bedeutsamer Vorlagen zu beschäftigen haben. So steht auf der Tagesordnung die Ausprägung von Reichsilbermünzen zu 5 und 3 Mark als Erinnerung an Goethe. Die das Nachrichtenbüro des Reiches Deutsche Zeitungsverleger hierzu hört, sollen für 1,3 Millionen Reichsmark Dreimarckstücke und für 100.000 Reichsmark Fünfmarckstücke geprägt werden. Auf der Schauseite dieser Stücke wird innerhalb eines erhabenen Randes der Kopf von Goethe zu sehen sein und darunter in Antiquaschrift das Wort „Goethe“. Auf der Wertseite werden rechts und links des Reichsadlers die Jahreszahlen 1832/1932 angebracht.

subt nach Deutschland. Naturgemäß ist in diesem Zusammenhang auch die Frage der deutsch-englischen Handelsbeziehungen überhaupt erörtert worden. An der deutschen Auffassung hinsichtlich der Maßnahmen zugunsten des schwer daniederliegenden deutschen Bergbaus hat sich nichts geändert. Es ist anzunehmen, daß die deutsch-englischen Botschaften über die grundsätzliche Seite der Angelegenheit auf diplomatischem Wege sorgeföhrt werden. Nach Lage der Dinge wird sich eine deutsch-englische Konferenz zur Vereinigung all dieser Fragen nicht mehr vermeiden lassen, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß die Unzulänglichkeiten, die sich in letzter Zeit ergeben hatten, eine Welterung erfahren.

### Lehren des 13. März

Seit dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses vom Sonntag sind die Reichstische in Bewegung, um genau auszurechnen, was wäre, wenn... Wenn etwa über den Reichstag, den Preussischen Landtag oder den sächsischen Volksentscheid auf dieser Grundlage entschieden worden wäre. Es ist begreiflich, daß es insbesondere der Regierungspresse Vergnügen bereitet, daraus Hoffnung zu schöpfen, und über einen angeblichen Stillstand der nationalen Bewegung zu orakeln; aber alle diese Rechnungen gehen schief an der Hauptlehre des 13. März vorbei, daran nämlich, daß ein gewaltiger Unterschied zwischen Persönlichkeit und Partei besteht, und daß rechnerische Vergleiche dieser Art auf jeden Fall in die Irre führen. Wenn man jetzt aus parteilichem Gründen das Wahlergebnis von den entgegengesetzten Seiten aus verchieden beurteilt, so können alle diese Auslegungsfälle doch die eine hervorragende Tatsache nicht vermissen, daß es sich um einen beispiellosen persönlichen Erfolg Hindenburgs handelt. Weder in der Opposition, noch in seinem eigenen Lager hatte man damit gerechnet, daß Hindenburg über 18 Millionen Stimmen um seinen Namen sammeln werde, vier Millionen mehr, als er vor sieben Jahren erhielt. Dieser Zuwachs über die Wahrscheinlichkeit hinaus, die nach den vermutlichen Parteistärken gegeben waren, zeigen den rein persönlichen Charakter des Hindenburgserfolges. Umgekehrt zeigt das gleichzeitige Wahlergebnis von Mecklenburg-Strelitz, daß die Parteien dort, wo sie ohne die Hilfe seines Namens allein nach politischen Gesichtspunkten ihre Kräfte messen, ganz anders abschneiden. Hier hat Duesterberg als Kandidat des Schwarzweißrotten Blocks nur eine vergleichsweise geringe Differenz auf seinen Namen vereinigen können. Er mußte einen großen Teil der politischen Gesellschaft der hinter ihm stehenden Partei an Hindenburg abgeben. Aber die gleichen Wähler entschieden sich im gleichen Wahllokal für den Landtag ganz anders. Die Rechte wurde gegenüber der Reichstagswahl von 1930 fast verdoppelt und erzielte die höchsten Mandatziffern. Die bei der Persönlichkeitswahl zu Hindenburg abgewanderten Stimmen kehrten also sofort zur Opposition zurück, als es galt, über die praktische Arbeit im Lande zu entscheiden. Dieselben Wähler, die für Hindenburg eintraten, hatten in der gleichen Wahlhandlung mit, die Mitte und die Linke weiter zu zertrümmern. Der grundlegende Unterschied zwischen Persönlichkeits- und Listenwahl kann nicht eindringlicher demonstriert werden. Und die Parteien der Hindenburgkandidatur können daraus ablesen, daß sie nur durch das Eingreifen des Reichspräsidenten vor einer sichtbaren Niederlage bewahrt wurden.

### Die deutsch-englischen Handelsbesprechungen

Berlin, 15. März. Der englische Finanzattaché in Berlin hat nach mehrwöchiger Aufenthalt Berlin wieder verlassen. Die Verhandlungen, die seit dem Berliner ausländischen Stellen geföhrt hatte, drehten sich hauptsächlich um die Einschränkung der Kohlenexporte nach Deutschland. Naturgemäß ist in diesem Zusammenhang auch die Frage der deutsch-englischen Handelsbeziehungen überhaupt erörtert worden. An der deutschen Auffassung hinsichtlich der Maßnahmen zugunsten des schwer daniederliegenden deutschen Bergbaus hat sich nichts geändert. Es ist anzunehmen, daß die deutsch-englischen Botschaften über die grundsätzliche Seite der Angelegenheit auf diplomatischem Wege sorgeföhrt werden. Nach Lage der Dinge wird sich eine deutsch-englische Konferenz zur Vereinigung all dieser Fragen nicht mehr vermeiden lassen, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß die Unzulänglichkeiten, die sich in letzter Zeit ergeben hatten, eine Welterung erfahren.

### Obertarif für kanadische und polnische Waren

Berlin, 15. März. Im heutigen „Reichsanzeiger“ wird die Verordnung der Reichsregierung über die Anwendung des Obertarifs auf Boden- und Gewerbeerzeugnisse kanadischen und polnischen Ursprungs veröffentlicht. Die Obertarifsätze finden gegenüber der Einfuhr aus Kanada Anwendung bei Getreide, Obst, Obstkonerven, Fisch, Krebse, Hummern und Langusten, Kaulern, Schildkröten, Kautschuk, Mehl, Papier, Wappe, Aluminium, Schuhen und verschiedenen Maschinen. Der Obertarif für Weizen gelangt dagegen bei der Einfuhr aus Kanada nicht zur Anwendung. Die Liste der Obertarifsätze, die gegenüber der Einfuhr aus Polen künftig gelten, ist wesentlich umfangreicher, praktisch ändert sich jedoch nicht viel an dem bisherigen Zustand, da die Obertarifsätze lediglich an die Stelle der bisher gültigen Kampfsätze bzw. Einfuhrverbote treten. Die Verordnung tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft.

### Die deutsch-englischen Handelsbesprechungen

Berlin, 15. März. Der englische Finanzattaché in Berlin hat nach mehrwöchiger Aufenthalt Berlin wieder verlassen. Die Verhandlungen, die seit dem Berliner ausländischen Stellen geföhrt hatte, drehten sich hauptsächlich um die Einschränkung der Kohlenexporte nach Deutschland. Naturgemäß ist in diesem Zusammenhang auch die Frage der deutsch-englischen Handelsbeziehungen überhaupt erörtert worden. An der deutschen Auffassung hinsichtlich der Maßnahmen zugunsten des schwer daniederliegenden deutschen Bergbaus hat sich nichts geändert. Es ist anzunehmen, daß die deutsch-englischen Botschaften über die grundsätzliche Seite der Angelegenheit auf diplomatischem Wege sorgeföhrt werden. Nach Lage der Dinge wird sich eine deutsch-englische Konferenz zur Vereinigung all dieser Fragen nicht mehr vermeiden lassen, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß die Unzulänglichkeiten, die sich in letzter Zeit ergeben hatten, eine Welterung erfahren.

### Sunahme der Sparlasseneinlagen

Berlin, 15. März. Ende Januar 1932 bestanden sich die Sparlasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 9887,88 Mill. RM, gegenüber 9725,88 Mill. RM, Ende Dezember 1931. Der Berichtsmonat weist mithin zum ersten Male seit dem Juli vorigen Jahres wieder eine Zunahme um 161,51 Mill. RM, aus, während noch im Dezember 1931 eine Abnahme um 18,78 Mill. RM, zu verzeichnen war.

## Neue Herausforderung Litauens

### Ausführungsbestimmungen zum Memelstatut

Kowno, 15. März. Gouverneur Mertus erklärte in einer Unterredung, daß die Regierung zur Verhütung weiterer Konflikte mit den autonomen Behörden des Memelgebietes jetzt ein Gesetz sowie verschiedene Ausführungsbestimmungen zum Memelstatut vorbereite. Die Ausarbeitung des Gesetzes erfolge im Einvernehmen mit den Signatarmächten, mit denen die litauische Regierung in ständiger Fühlung stehe. Wie der Gouverneur betonte, soll durch die Ausführungsbestimmungen eine Reihe „dehnbarer Begriffe“ des Statuts „largely filled“ werden.

### Polen fordert moralische Abrüstung

Genf, 15. März. Der Politische Ausschuss der Abrüstungskonferenz beschäftigte sich am Dienstag mit dem polnischen Antrag auf moralische Abrüstung. An der Ausschussführung nahm auch Ministerpräsident Tardieu teil. Der polnische Gesandte Szumlanski forderte, die moralische Abrüstung müsse besonders im Schulwesen, im Rundfunk, im Film und auf der Bühne durchgeführt werden. Litwinow, der als einziger zu dem polnischen Vorschlag Stellung nahm, warnte die Konferenz eindringlich, sich durch Erörterung der moralischen Abrüstung, ablenken zu lassen; ohne vorhergehende materielle Abrüstung sei eine moralische Abrüstung undenkbar. Auf Vorschlag des Präsidenten Denkerlon wurde ein 21-gliedriger Ausschuss, u. a. aus Vertretern sämtlicher europäischen Großmächte, Russlands, Japans, der Vereinigten Staaten und Chinas, eingesetzt, der praktische Anträge für die moralische Abrüstung auszuarbeiten soll.

### Nichtdestoweniger geht die Tendenz aller Wahlbetrachtungen, die aus den Parteien im Brünna stammen, darauf hinaus, das Ergebnis als einen Erfolg des von der Opposition so heftig angegriffenen „Systems“ zu deuten und daraus die Folgerung zu ziehen, daß es sich auf der Linie seiner bisherigen Politik auch weiter gegen den Ansturm der Reden halten könne. Bei dieser Auffassung ist der Wunsch der Vater des Gedankens; die Tatsachen reden eine andere Sprache. Man kann im Gegenteil ruhig behaupten, daß die gegenwärtige Koalition im Reich mit Einschluß der Sozialdemokratie keine Mehrheit des Volkes mehr hinter sich hat, und daß eine Reichstagswahl, bei der die Wechselsysteme auscheiden, die am Sonntag für Hindenburg sprachen, den Beweis dafür erbringen würde. Zahlenmäßig läßt sich das natürlich bei der parteipolitisch heterogenen Zusammensetzung des Hindenburgblocks nicht belegen. Aber es liegen doch starke Anhaltspunkte in dem Ergebnis. Zunächst würde für eine Parlamentswahl der unwahrscheinliche, aber in seiner Wirkung gewaltige Faktor Hindenburg auscheiden. Man kann ihn ohne Uebertreibung mit einigen Millionen in Rechnung stellen, von denen ein Teil durch geringere Wahlbeteiligung überhaupt verschwinden, ein anderer nach dem Mecklenburger Beispiel zur Opposition einschwenken würde. Als zweiter wichtiger Faktor kommt die Deutsche Volkspartei hinzu, die mit ihrem ganzen Bestand in der Hindenburgaffäre steht, bei einer Parlamentswahl aber, ebenso wie im Reichstag, in scharfer Opposition zur Regierung brünna steht. Der Erfolg der Hindenburgkandidatur dürfte ihr zudem helfen, die inneren Schwierigkeiten zu überwinden, die um ihre Doppelparole: „Für Hindenburg — gegen Brünna“ ausgebrochen waren, so daß sie vielleicht wieder Aussicht hat, in einer neuen parlamentarischen Konfession zum Jüngling an der Waage zu werden. Und ihre Tendenz stellt ja immer deutlicher darauf hin, den Nationalsozialismus, der nun fast ein Drittel des Volkes unter seinem Banner führt, nicht aber die Reichspräsidentenschaft, wohl aber über die Reichsregierung zum staatspolitischen Einfluß zu bringen, ebenso wie die Partei unter Stresemanns Führung darauf bestand, die damals übermächtige Sozialdemokratie zur Mitverantwortung heranzuziehen.

### Bei diesem Gesetz handelt es sich um die bereits viel erörterten und vom litauischen Staatsrat schon vor zwei Jahren ausgearbeiteten zwölf Gesetze in vier Teile, die nunmehr in ein Gesetz zusammengefaßt werden sollen. Die zwölf Gesetze waren feinerzogen die Unterzeichnermächten zur Begutachtung unterbreitet worden, wurden aber wegen der das Memelstatut betreffenden Fassung damals abgelehnt. Gouverneur Mertus erklärte noch, daß die Angelegenheit nicht Aufschub, sondern die allgemeine Abrüstung verlange, und bereit sei, nach weitergehende Entscheidungsbestimmungen, als bereits im Verfallener Vertrag festgelegt seien, anzunehmen, falls diese Bestimmungen in gleicher Weise für alle Staaten in Geltung fänden. Die grundsätzliche Frage der Gleichberechtigung, sowie die mit dem Verfallener Vertrag zusammenhängenden Fragen müßten jedoch im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz geklärt werden. Die deutschen Vorschläge für die Bestimmungen der Kriegsschiffe entsprechen den Bestimmungen im Verfallener Vertrag auferlegten Bestimmungen. Ferner verlangte von Rheinabenden, daß in den Abkommensentwurf auch die Regelung der Unterseebootfrage aufgenommen würde.

### Tardieu stößt auf Schwierigkeiten

Genf, 15. März. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind in den Verhandlungen des französischen Ministerpräsidenten Tardieu mit den Vertretern der Kleinen Entente, Desterreich und Ungarns, über den französischen Plan eines engen wirtschaftlichen Zusammenhanges dieser Staaten erhebliche Schwierigkeiten aufgelaufen. In unterrichteten Kreisen rechnet man deshalb mit einer Entscheidung über den Plan nicht vor Ende des Sommers.

### Entspannung im Fernostkonflikt?

Paris, 15. März. Wie die Agentur Jndopassique aus Schanghai berichtet, haben die chinesisch-japanischen Verhandlungen, die gestern in Anwesenheit der diplomatischen Vertreter Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Italiens geführt wurden, zur Abschaffung einer gemeinsamen Interpretation der Völkerbündnisakte vom 4. März geführt. Die chinesische und japanische Delegation haben ihren Regierungen den Text zur Begutachtung unterbreitet. Wie es heißt, soll die chinesische Delegation nicht mehr auf der Zurückziehung der japanischen Truppen aus China vor Beginn der Verhandlungen bestehen.

### Deutsche Flottenabrüstungsvorschläge in Genf

Genf, 15. März. Im Flottenauschuss der Abrüstungskonferenz brachte am Dienstag der deutsche Vertreter, von Rheinabenden, deutsche Vorschläge für die Bestimmungen der Großkampfschiffe, Flugzeugmutterchiffe, Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote ein. Er betonte hierbei, daß Deutschland nicht Aufschub, sondern die allgemeine Abrüstung verlange, und bereit sei, nach weitergehende Entscheidungsbestimmungen, als bereits im Verfallener Vertrag festgelegt seien, anzunehmen, falls diese Bestimmungen in gleicher Weise für alle Staaten in Geltung fänden. Die grundsätzliche Frage der Gleichberechtigung, sowie die mit dem Verfallener Vertrag zusammenhängenden Fragen müßten jedoch im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz geklärt werden. Die deutschen Vorschläge für die Bestimmungen der Kriegsschiffe entsprechen den Bestimmungen im Verfallener Vertrag auferlegten Bestimmungen. Ferner verlangte von Rheinabenden, daß in den Abkommensentwurf auch die Regelung der Unterseebootfrage aufgenommen würde.

Mer

den sozial-  
terhebung  
Regierung  
einer in  
und stelle  
die Aufgabe  
Politik im  
ändert auf-  
nummehr,  
den welter-  
Verbandes,  
Führung.  
Geschäfts-  
erung der  
he, wie in  
und so tat-  
Industrie  
s hinsichtlich  
gewähr-  
hohem Um-  
a Berliner  
mit der  
gabe dienie  
Verbandes  
Vertretung  
a der Wir-  
schaften bei  
ungen des  
n, die ver-  
an Kapital,  
die deutsche  
Aufgaben.  
durch neue  
bedürfnisse  
die weltere  
den so fern  
erhöht.

SO  
Ausdruck der  
prozess: die

SO  
Ausdruck der  
prozess: die

SO  
Ausdruck der  
prozess: die

Table with 2 columns: Name, Amount

en Furtz,  
0,00, Bräufel  
7, Spanien  
1/2, Vikabon  
10, Belgien  
10,00, Wien  
10,00, Wien  
10,00, Wien

te. Berlin  
518 247,00  
14 48,01 518  
10 48,00 518  
10 48,00 518

10,00, Wien  
10,00, Wien  
10,00, Wien  
10,00, Wien

10,00, Wien  
10,00, Wien  
10,00, Wien  
10,00, Wien